

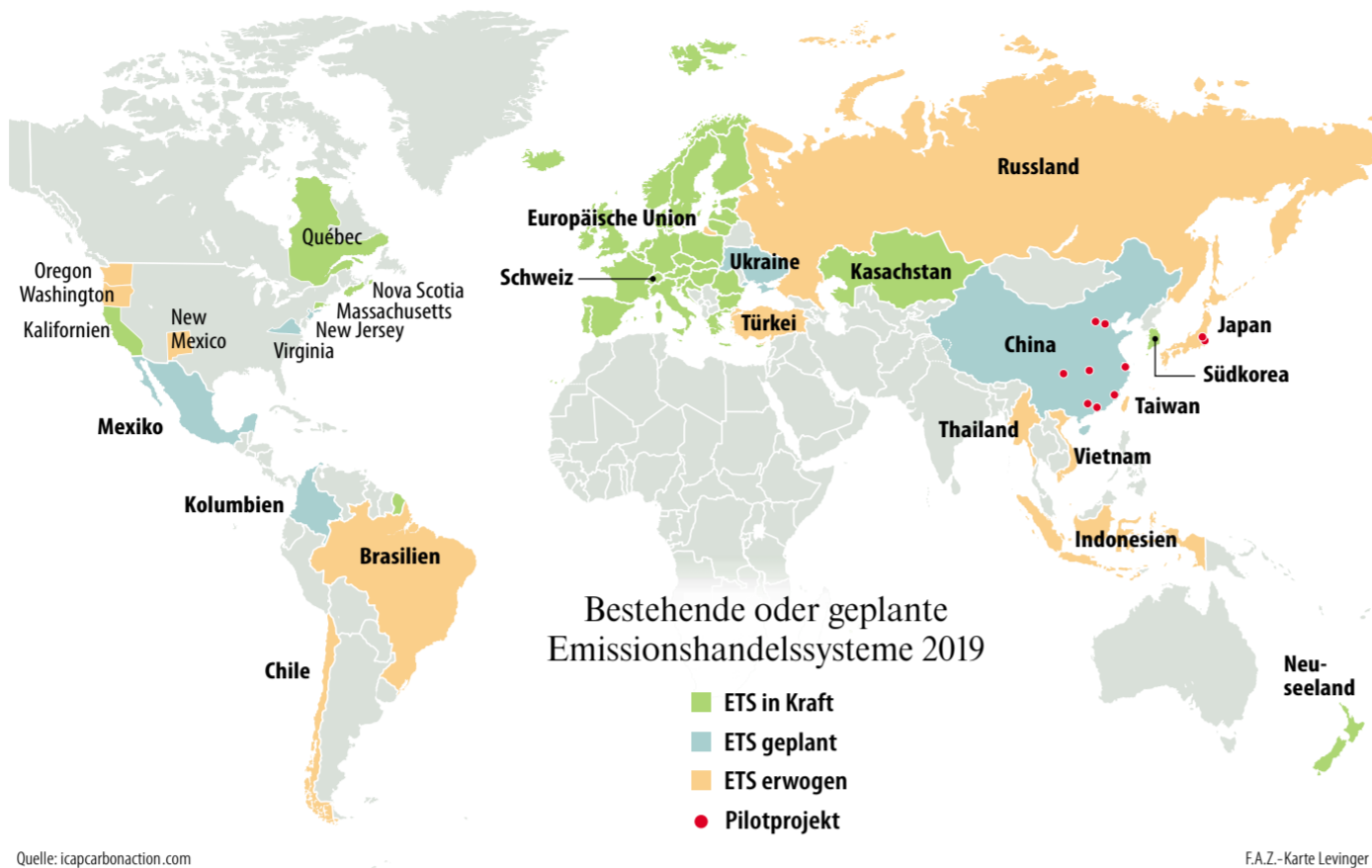
Hoffnungsträger Emissionshandel

Ein Gutachten zeigt, wie Klimaschutz möglichst günstig gelingt. Aber wie überzeugt man Länder, die nicht mitmachen wollen?

Von Niklas Záboji,
Frankfurt

Die menschengemachte Erderwärmung lässt sich verlangsamen, wenn alle mitmachen. Allerdings erfordert eine solche globale Kooperation das höchste Maß an Kosteneffizienz – die man gerade in Deutschland vermisst. Dabei gibt es mit dem EU-Emissionshandel schon seit 15 Jahren ein System, das zu geringen Kosten beträchtliche Emissionsminderungen bewirkt und deshalb Ausgangspunkt für alle weiteren klimapolitischen Bemühungen sein sollte. Das sind die Kernaussagen eines Gutachtens, das der Magdeburger Umweltökonom Joachim Weimann für die Friedrich-Naumann-Stiftung verfasst hat und das der F.A.Z. vorliegt. Als Ideal schwebt ihm ein globaler Handel mit Zertifikaten vor, die zum Ausstoß einer Tonne Kohlendioxid (CO₂) berechtigen. Müssen sie kostenpflichtig erworben werden und würde die am Markt befindliche Menge stetig verknappt, sähen sich Emittenten weltweit zum Umstieg auf klimafreundlichere Technologien veranlasst.

Doch selbst in der EU sind bislang nur Energieerzeuger, große Industriebetriebe und Fluggesellschaften zum Erwerb von Zertifikaten verpflichtet. In allen anderen Bereichen dominierten dagegen dirigistische Einzelmaßnahmen, kritisiert Weimann. Das Klimapakett der Bundesregierung schließt er explizit ein. „Die Mischung der Forderung nach Kosteneffizienz führt – das zeigen insbesondere die in Deutschland gesammelten Erfahrungen – zu massiven Ressourcenverschwendungen und hohen Belastungen für die Bevölkerung durch klimapolitische Maßnahmen“, schreibt Weimann. Großem Aufwand stünde oftmals wenig Nutzen gegenüber. Dabei dürfte es „vollkommen aussichtslos sein, auf der Grundlage einer solchen Poli-



tik auf weitgehende internationale Kooperation zu hoffen“, erst recht, wenn diese ärmeren Länder einschließen soll. Trauriges Negativbeispiel sei die hiesige Ökostromförderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG). Verglichen damit habe der EU-Zertifikatehandel die 17-fache Menge an Emissionen eingespart, und das zu Kosten, die je Tonne ein Hundertstel der EEG-Kosten betragen hätten.

Weimann schildert das Grundproblem wie folgt: Weil die Atmosphäre ein öffentliches Gut ist, kann niemand von ihrer Nutzung ausgeschlossen werden. CO₂ macht an keiner Grenze halt. Rational handelnde Menschen sehen deshalb keinen Anlass, für Emissionen Geld zu bezahlen – schließlich könnten andere davon profitieren, selbst aber nichts tun. Die Folge: Ohne regulatorische Eingriffe wird ein Markt für CO₂ nicht entstehen. Spieltheoretiker sprechen von einem sozialen Dilemma. Abhilfe verspricht die theoretisch eine freiwillige Verständigung der Menschen. Ziehe man aber die experimentelle Forschung zu Rate, so Weimann, seien

Menschen selbst unter idealtypischen Laborbedingungen nicht zur Überwindung eines solchen Dilemmas in der Lage. Erschwerend hinzu komme die ungleiche Verteilung der Emissionen. Auch eine Vorreiterrolle eines einzelnen Staates lasse auf kein besseres Verhandlungsergebnis schließen, zeigten Analysen und nicht zuletzt der bescheidene Erfolg der bisherigen Klimakonferenzen. Und da kein mit einem Gewaltmonopol ausgestatteter Weltstaat existiert, der einen regulatorischen Eingriff durchsetzen könne, bleibe der Staatengemeinschaft einzig und allein ein globales Kooperationsystem mit einem einheitlichen Preis für CO₂.

Die Logik dahinter: Emissionseinsparungen sind für eine technologisch hochgerüstete Industrieanlage in Deutschland teuer, während in Afrika für wenig Geld viel Klimaschutz betrieben werden kann. Die Investitionsgüterfrage käme zu nächst dem Norden zugute, führte aber auch dazu, dass ärmere Länder verbesserter Entwicklungschancen erhielten. Auf diese Art und Weise würde Entwicklungs-

politik mit kosteneffizienter Klimapolitik verbunden. In begrenztem Maße ist die Idealvorstellung des Ökonomen schon Realität. So können sich Industrieunternehmen in der EU Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern anrechnen lassen. Allerdings krankt diese Übereinkunft seit je an Intransparenz und Doppelzählungen. Und die Schaffung eines weltumspannenden Handelssystems mit Emissionsrechten (ETS) blieb bislang aus.

Dabei sei eine Verständigung darauf anders als auf eine globale CO₂-Steuer möglich. Statt ihn unknallartig zu schaffen, biete sich die Verknüpfung des EU-Handels mit der wachsenden Zahl an anderen Systemen an. 27 sind dem Gutachten zufolge in Betrieb, und mit Start des chinesischen ETS in diesem Jahr wird sich der Anteil der abgedeckten Emissionen von 10 auf 15 Prozent erhöhen. Denkbar sei auch eine sukzessive Erweiterung des EU-ETS. „Im Hinblick auf eine global wirksame Klimapolitik dürfte der Emissionshandel gegenwärtig die größte Hoffnungsträger der Menschheit sein“, resümiert Weimann.

Siemens-Aktionäre erwarten hitzige Debatten

Mit einer langen Rednerliste wollen Klimaschützer Konzernchef Joe Kaeser unter Druck setzen

kön. MÜNCHEN. Auf der Hauptversammlung von Siemens braut sich breiter Widerstand gegen die Beteiligung an der umstrittenen Kohlemine Carmichael des indischen Bergbaukonzerns Adani zusammen. Im Mittelpunkt der Kritik wird der Vorstandsvorsitzende Joe Kaeser stehen, der im Visier nicht nur von Klima- und Umweltaktivisten steht. Dem Vernehmen nach werden auch andere Aktionärsprecher kritisch mit ihm umgehen.

Selten zuvor hat die Hauptversammlung eines Dax-Konzerns so viel Aufmerksamkeit erzeugt, die durch die Pressekonferenz eines Bündnisses von Umweltaktivisten am Mittwoch in München noch angeheizt wurde. Den Anknüpfungen der Redner von „Fridays for Future“ (FFF), von Compact oder Extinction Rebellion zufolge zeichnet sich ein Marathon an Reden ab, um doch noch einen von Siemens unterzeichneten Vertrag zur Lieferung der Signaltechnik für eine Bahnlinie von Adani zu stoppen. Zu den Sprechern von Aktionärsvereinigungen und Investmentfonds wie DWS, Union Investment oder Deka Investment wird es eine lange Reihe von Umweltaktivisten geben. Sie erhalten

Rederechte von der Gruppe der 641 kritischen Aktionäre mit knapp 90 000 Stimmen. Für FFF wird die aus Frankfurt ange-reiste Helena Marschall, 17 Jahre, reden. Aber auch FFF-Sprecherin Luisa Neubauer wird im Saal sein und notfalls das Wort ergreifen.

Neubauer traf sich vor drei Wochen mit Kaeser in Berlin. Über ein von ihm unterbreitetes Angebot für einen Aufsichtsrats-sitz bei der neuen Energietechnologegesellschaft Siemens Energy entbrannte eine Kontroverse: FFF bestreitet Kaesers Behauptung, Neubauer nur einen Posten in einem untergeordneten Gremium angeboten zu haben. Des Weiteren wird das australische FFF-Pendant „School Strike for Climate“ mit Varsha Yajman, ebenfalls 17 Jahre, auftreten. Murrah Johnson tritt als Vertreterin der in der Region Carmichael lebenden indigenen Stämme Wangan und Jangalingou auf.

Die Hauptversammlung in der Münchner Olympiahalle wird Formen annehmen, die das Unternehmen bisher nicht erlebt hat. Sie wird begleitet von Demonstrationen. Von 8 bis 20 Uhr gebe es „kreative Aktionen“, sagte Marschall. Formal muss



Aktion von FFF in Frankfurt Foto Diana Rojas

die Hauptversammlung am Mittwoch um 23.59 Uhr beendet sein. Sollten die Beschlüsse der Tagesordnung bis dahin nicht getroffen worden sein, müsste eine neue einberufen werden. Das wird eine äußerst geschickte Regie des Aufsichtsratsvorsitzenden und Versammlungsleiters Jim Hageman Snaube erfordern. Er muss eine zu erwartende angeheizte Stimmung im Saal in den Griff bekommen.

Lukas Schnemann von Extinction Rebellion betonte, dass es sich um friedliche Aktionen handeln werde, sprach aber auch von zivilem Ungehorsam. Das Agieren der Aktivisten sei nicht gegen Siemens an sich gerichtet, sondern gegen die Versuche des „Greenwashing“, sich umweltfreundlich zu geben und CO₂-Neutralität bis 2030 im Unternehmen erreichen zu wollen, aber auf der anderen Seite eines der größten Kohlebergbauprojekte der Welt zu ermöglichen. Die geplante Menschenkette würde nicht den Zugang zur Hauptversammlung blockieren, sagte Marschall. „Wir wollen Siemens nicht sabotieren, sondern eine klare Entscheidung, dass sie den Mut haben, aus dem Vertrag herauszugehen.“

Intesa Sanpaolo schüttet viel aus

Davon profitieren italienische Sparkassenstiftungen

tp. ROM. Mit einer Ausschüttung von 3,36 Milliarden Euro, etwa 80 Prozent des um 3,3 Prozent erhöhten Nettoertrags von 4,2 Milliarden Euro, sucht Italiens zweitgrößte Bank Intesa Sanpaolo die Aktionäre zu beeindrucken. Zu denen gehören nicht nur internationale Fonds wie Blackrock (5 Prozent), sondern auch traditionelle Sparkassenstiftungen mit Sitz in Turin (Compagnia di San Paolo, 9,9 Prozent) und Mailand (Fondazione Cariplo, 4,7 Prozent). Sie wollen nach den Zeiten der Bankenkrise wieder ihre Reserven auffüllen und in den Stammregionen möglichst viel Geld für soziale, kulturelle und wissenschaftliche Zwecke ausschütten.

Während für den wenig größeren Konkurrenten Unicredit das Bankgeschäft in Italien nur 40 Prozent des Erlöses ausmacht, ist Intesa Sanpaolo stark auf Italien konzentriert. Nur 11 Prozent des gesamten Erlöses von 18,1 Milliarden Euro kommen aus dem Ausland. Die Bankenspitze von Intesa Sanpaolo unter Geschäftsführer Carlo Messina zeigt sich immer diplomatisch, kritisiert nie eine der italienischen Regierungen und beschreibt das Institut als Motor des italienischen Wachstums. 2019 habe die Bank

58 Milliarden Euro an neuen mittel- und langfristigen Krediten vergeben, davon 48 Milliarden Euro in Italien und von denen wiederum 38 Milliarden Euro an Familien und kleine oder mittlere Unternehmen. 2019 seien 18 500 Unternehmen mit wackeligen oder faulen Krediten wieder in den Kreis der regulären Kreditkunden zurückgeführt worden. Zum geplanten Abbau von 9000 Stellen bis 2021 vereinbarte man mit den Gewerkschaften das freiwillige Ausscheiden weiterer 1600 Mitarbeiter. 2019 sanken die operativen Kosten um 2,1 Prozent.

Wie andere Institute hat auch Intesa Sanpaolo mit den Folgen der niedrigen Zinsen zu kämpfen, der Zinsgewinn 2019 sank um 3,7 Prozent auf 7 Milliarden Euro. Der Provisionsgewinn nahm gerade einmal um 0,1 Prozent auf 7,96 Milliarden Euro zu. Im Unterschied zu anderen Banken kann Intesa Sanpaolo aber in den Erträgen auch Gewinne im hauseigenen Versicherungsgeschäft verbuchen, und die nahmen um 9,2 Prozent auf 1,2 Milliarden Euro zu. Größter Wachstumsposten sind Kapitalmarktaktivitäten und Eigenhandel, mit einer Zunahme des Erlöses um 31 Prozent auf 1,93 Milliarden Euro.

Hyundai legt Produktion still

Wegen Viruskrise fehlen Kabelbäume aus China

pwe. TOKIO. In den vergangenen Jahren belastete China die Geschäfte des südkoreanischen Autoherstellers Hyundai Motor, weil viele Chinesen aus Ärger über ein amerikanisches Raketenabwehrsystem in Südkorea seine Autos nicht mehr kaufen wollten. In diesem Jahr belastet dagegen mangelndes Angebot das Geschäft. Das Unternehmen erklärte am Dienstag, dass es im Laufe dieser Woche seine Autofabriken in Südkorea stilllegen werde.

Der Grund sind fehlende Kabelbäume, die sich der größte Autohersteller Koreas üblicherweise aus China liefern lässt. Wegen Werksstilllegungen in Folge der dortigen Virus-Epidemie kommen die Kabelbäume jedoch nicht mehr in der benötigten Menge in Korea an. Hyundai ist damit der erste Autokonzern, der wegen des Coronavirus seine Produktion außerhalb Chinas aussetzen muss. Hyundai zeigt ungewollt auf, wie zerreißende Lieferketten die verflochtene Weltwirtschaft belasten.

Das Unternehmen bemüht sich um Ersatzlieferungen und hofft, die Produktion im Lauf der kommenden Woche zu mindestens in einigen Werken wieder aufnehmen zu können. Hyundai Motors be-

treibt in Südkorea sieben Fabriken und hat zehn Werke im Ausland, darunter vier in China. Die Produktion in Südkorea macht etwa 40 Prozent der globalen Kapazität Hyundais aus. Ein fünftes Werk in China hatte Hyundai im vergangenen Jahr geschlossen, als Folge auch des politischen Boykotts seiner Autos. Hyundai und Kia, die zusammen als fünftgrößter Autohersteller der Welt gezählt werden, verkauften im vergangenen Jahr in China 909 000 oder 22 Prozent weniger Autos als zuvor.

Hyundai und Kia haben im vergangenen Monat wie auch andere Hersteller ihre Produktion in China schon nach Empfehlungen der Behörden stillgelegt, um eine Ausbreitung des Coronavirus zu bremsen. General Motors und Honda haben Produktionsstätten in der Stadt Wuhan, dem Zentrum der Epidemie. Honda will seine Autowerke in Wuhan, die es als Gemeinschaftsunternehmen mit Dongfeng betreibt, mindestens bis zum 13. Februar geschlossen halten. Bis dahin hat die Provinz Hubei rund um Wuhan die Pause zum Neujahrsfest nach dem Mondkalender ausgedehnt. Toyota Motor hält seine Werke in China bis zum 9. Februar geschlossen und will dann weitersehen.

Elektroautos in Deutschland sind stark gefragt

Immer mehr Kunden beantragen Kaufprämie

magr. FRANKFURT. Seit drei Monaten ist unklar, wann Käufer von Elektroautos in Deutschland mit einer höheren Kaufprämie als bisher rechnen können. Dennoch entschließen sich immer mehr Kunden dazu, die bisher gebotenen bis zu 4000 Euro zu nehmen, anstatt auf die höhere Subvention zu warten.

Anfang November hatten sich die Bundesregierung und Vertreter der Autobranche darauf geeinigt, die staatlich-private Elektroauto-Subvention zu steigern, zum Beispiel für reine Batteriefahrzeuge mit einem Preis von weniger als 40 000 Euro von 4000 auf 6000 Euro. Die Hälfte bestreitet der Bund aus Steuermitteln, die andere Hälfte sind Rabatte der Autohersteller. Derzeit prüft die Europäische Kommission weiter, ob die höhere Förderung gegen Beihilferecht der Europäischen Union verstößt. Die damit verbundene nunmehr dreimonatige Hängepartie wirkt sich allerdings offenbar nicht auf die Anträge auf den „Umweltbonus“ aus. Sie können erst gestellt werden, wenn Kunden einen Kaufvertrag mit einem Händler abgeschlossen oder ein Auto zumindest verbindlich bestellt haben. Obwohl der Zuschuss zum Elektroautokauf schon bald um bis zu 50 Prozent erhöht wird, erreichen auch die Antragszahlen weiter ein hohes Niveau, wie eine Analyse der Umweltbonus-Statistik zeigt.

Nach den Daten des für die Gewährung der Subvention zuständigen Bundesamts für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle hat die Behörde im Januar genau 9262 Anträge auf den Umweltbonus entgegengenommen. Das war der zweit-

höchste absolute Zuwachs seit Einführung der Förderprämie im Sommer 2016. Nur im Oktober vergangenen Jahres gab es in einem Monat mehr Anträge, nämlich 10 107. Schon im Dezember lag die Zahl der Anträge demnach mit 8284 Stück wieder deutlich über dem Durchschnitt des Gesamtjahres 2019, der rund 6100 Anträge betrug. Dem Ansehen nach hatte die Debatte um die Erhöhung der Förderprämie damit allein im November einen signifikanten Einfluss. Damals zählte das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle lediglich 4759 Neuanträge.

Neben Privatpersonen können auch Unternehmen oder kommunale Betriebe den Umweltbonus beantragen. Die Daten zeigen, dass auch Privatpersonen die Prämie zuletzt stärker nachgefragt haben. Im vergangenen Jahr nahm das Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle im Durchschnitt gut 2400 neue private Anträge entgegen. Im November, unmittelbar nach Ankündigung der höheren Förderprämien, belief sich die Antragszahl von Privatpersonen dagegen auf lediglich 1638 Stück. Schon im Dezember stieg dieser Wert wieder auf 2705 Anträge. Im abgelaufenen Monat waren es schließlich 3421 Anträge und damit der höchste Monatswert seit Einführung der Prämie.

Was die Verteilung der bisher eingegangenen fast 174 000 Anträge auf einzelne Hersteller angeht, liegt der Münchner Autokonzern BMW mit 26 664 Anträgen vorn. Es folgen Renault mit fast 22 000 und Volkswagen mit 21 158 Anträgen. (Kommentar Seite 22.)

Siemens greift nach Gamesa

Konzern baut Anteil an Windradbauer aus

kön. MÜNCHEN. Siemens wird seine Beteiligung von derzeit 59 Prozent am börsennotierten Windkraftanlagenhersteller Siemens Gamesa ausbauen. Wie der Konzern am Dienstagabend mitteilte, erwirbt er für 1,1 Milliarden Euro die Anteile des zweitgrößten Aktionärs, des spanischen Energieerzeugers Iberdrola. Die Aufstockung um 8,1 auf 67 Prozent sichere Siemens eine Zweidrittelmehrheit in der Hauptversammlung. Zugleich hob der Konzern hervor, dass ein verpflichtendes Übernahmeangebot an die außenstehenden Aktionäre nicht geplant sei. Es gab zuvor Gerüchte, dass die Deutschen sich die volle Kontrolle über das in Madrid gehandelte Unternehmen mit Sitz in Zamudio nahe Bilbao sichern könnten. Das Herauskaufen des Streubesitzes und die Wegnahme von der Börse ist damit nicht vorgesehen. Siemens Gamesa, im April 2017 durch den Zusammenschluss der Windkraftgeschäfte des Münchner Konzerns mit dem spanischen Hersteller entstanden, soll Teil des neuen Energietechnik-anbieters Siemens Energy werden.

Dieser soll voraussichtlich im April aus dem Konzern abgespalten und bis September an die Deutsche Börse gebracht werden. In dieses neue Unternehmen mit rund 30 Milliarden Euro Umsatz erweitert Gamesa als Geschäftssparte Erneuerbare Energien das Portfolio mit Produkten im Bereich der fossilen Brennstoffe Kohle, Öl und Gas. Die Deutschen kommen dabei recht günstig an die Aktien. Seit der Fusion ist deren Kurs von 22 auf zeitweise 10 Euro eingebrochen und notierte zuletzt unter 16 Euro. Die deutsch-spanische Zusammenarbeit ist von Beginn an ange-

spannt gewesen. Schwierigkeiten traten mit dem ersten Tag der Fusion auf, gab es doch immer wieder Streit mit Iberdrola als Aktionär mit Sonderrechten. Die Deutschen haben dann durchgegriffen. Das Unternehmen wird seit zweieinhalb Jahren umstrukturiert – wegen hausgemachter Schwierigkeiten wie auch wegen der komplizierten Bedingungen auf den Märkten mit einem erheblichen Preisdruck.

Im Umbau hat es immer wieder Rückschläge gegeben – wie nun im ersten Quartal des neuen Geschäftsjahres 2019/2020 (30. September) mit einem überraschend hohen Nettoverlust von 174 Millionen Euro (Vorjahr 18 Millionen Euro Gewinn). Dabei wogen Sonderbelastungen über 150 Millionen Euro aus Projekten in Skandinavien schwer. Wegen des frühen Wintereintritts werden dort fünf Windkraftprojekte an Land erst in diesem Sommer und damit deutlich später fertig als geplant.

Statt der zuletzt für das Jahr 2020 angepeilten bereinigten operativen Umsatzrendite von 5,5 bis 7 Prozent erwartet Gamesa nun noch eine Marge von 4,5 bis 6 Prozent. Im ersten Quartal brach das bereinigte Ergebnis vor Zinsen und Steuern (Ebit) von plus 318 auf minus 136 Millionen Euro ein. Angesichts des Umsatzes von zwei Milliarden Euro ergibt sich eine negative Marge von 6,8 Prozent. Helfen sollen jährliche Einsparungen von bis zu 100 Millionen Euro, die nach eigenen Angaben nach Auflösung des Gesellschaftsvertrags mit Iberdrola und wegen der engeren Kooperation zwischen Siemens Energy und Gamesa möglich sind.

M.M. Warburg wappnet sich

Reuters. FRANKFURT. Die Hamburger Privatbank M.M. Warburg stellt sich im Streit um Steuertricksereien bei Aktiengeschäften („Cum-Ex“) auf millionenschwere Belastungen ein. Die finanziellen Risiken decke die Warburg-Gruppe nun vollständig ab, erklärte das Institut am Dienstag. Das werde durch die Leistungsfähigkeit ihrer Mehrheitseigentümer, Christian Olearius und Max Warburg, gewährleistet. Sollte die Privatbank neben den erzielten Gewinnen von rund 70 Millionen Euro vor Steuern auch noch sämtliche Kapitalertragsteuer zurückzahlen müssen, käme auf sie eine Belastung von insgesamt bis zu 280 Millionen Euro zu. Seit September läuft am Landgericht Bonn der erste große Strafprozess um Cum-Ex-Geschäfte in Deutschland. Dadurch ist der Druck auf M.M. Warburg und andere Institute zuletzt gestiegen. Denn der Vorsitzende Richter Roland Zickler hatte die Steuertricks Anfang Dezember in einer ersten Einschätzung als strafbar bezeichnet. Kurz danach kündigte M.M. Warburg an, sich möglichst schnell mit dem Fiskus einigen zu wollen. Als Ausgleich für den mutmaßlich entstandenen Schaden durch die Cum-Ex-Geschäfte kann das Gericht Vermögen von den Banken einziehen. Zum Thema Einziehung will sich das Gericht in Kürze äußern. Warburg betonte, dass die Gesellschaft uneingeschränkt zur Bank stünden. Sie würden deren finanzielle Leistungsfähigkeit sicherstellen.

Ermittlungen gegen Sanofi

chs. PARIS. Die Pariser Staatsanwaltschaft hat ein formelles Ermittlungsverfahren gegen den französischen Pharmakonzern Sanofi eröffnet. Es geht um das Epilepsiemedikament Dépakine, das bei Kindern zu neurologischen Entwicklungsstörungen und bei Fötus zu Missbildungen führte, wenn Schwangere es einnahmen. Es besteht der Verdacht, dass Sanofi nicht genügend auf die Gefahren hingewiesen hat. Schon im Jahr 2016 hatten die Behörden in Frankreich ein vorläufiges Ermittlungsverfahren eingeleitet. Die Untersuchungsbehörde IGAS hatte damals kritisiert, dass Sanofi und die französischen Gesundheitsbehörden nicht schnell genug auf wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gefahren reagiert haben. Nach Schätzungen von IGAS haben in den Jahren 2006 bis 2014 zwischen 425 und 450 Babys Missbildungen erlitten oder sind tot geboren worden. Von 1967 bis 2016 sollen sogar zwischen 2150 bis 4100 Babys Missbildungen erlitten haben, heißt es in einer Studie. Dépakine, das auch unter den Namen Dépakote und Epilim vertrieben wurde, darf seit Juni 2018 nicht mehr während der Schwangerschaft eingenommen werden. Sanofi kündigte an, mit den Behörden zu kooperieren und erwartet nach eigenen Angaben, seine Unschuld beweisen zu können. Bei den Ermittlungen geht es um die Frage, welche Verantwortung Sanofi und welche den Ärzten sowie den Gesundheitsbehörden zukommt.